

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Abonnementspreis 3 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10 Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598

Der Arbeitslohn und die Lebenshaltungskosten.

Die verschiedenen sich sonst in den weltanschaulichen Abhängigkeiten schroff gegenüberstehenden Interessengruppen der Wirtschaft sind sich nur in dem fundamentalsten Einverständnis einig, daß die Arbeit die Quelle aller Reichtümer ist. Meinungsdivergenzen tauchen aber sofort auf, wenn es um die Bewertung der Arbeitsleistung des einzelnen oder der beiden Wirtschaftsklassen, das heißt der Unternehmer und der Arbeiter zur Debatte steht und sie werden unüberbrückbaren Gegenstand, wenn es um die Aufteilung des Ertrages aus der Arbeit geht. Die Höhe des Arbeitslohnes bildet infolgedessen den wichtigsten Streitpunkt in internen und öffentlichen Auseinandersetzungen und kaum zu einer andern Zeit hat sich die Öffentlichkeit vor allem die Tages- und die Fachpresse derart eingelesen mit diesen Problemen beschäftigt. Über während der Arbeiterschaft mit unüberwindlichen Lasten aus dem schicksalhaften Vorn Kämpfer Erfahrungen nachweisen, daß der Arbeitslohn auch die dringlichsten Bedürfnisse kaum zu decken vermag, werden von Unternehmer-Denkchriften herausgegeben, in denen mit dem wissenschaftlich klingenden Begründungen nachzuweisen wird, daß der Arbeitslohn längst das tragbare Maß überschritten habe und eine weitere Erhöhung zum Schaden der Wirtschaft ausschlagen müßte. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat diesem Thema folgende Sondernummer ihrer Zeitschrift, „Der Arbeitgeber“ gewidmet. Man kennt die Verfasser und kennt auch den Text und es soll darum nur erwähnt werden, daß auch dem Schlichtungswesen darin eine untergeordnete Rolle zugeteilt ist.

Ein Beweis dafür, daß nicht nur theoretisch um dieses Problem gerungen wird, sondern sehr harte Auseinandersetzungen darum ausgetragen werden, bietet das abgelaufene Jahr mit seinen starken Wirtschaftserfahrungen durch Preis- und Lohnerhöhungen. Und da demnächst eine Reihe von Tarifverträgen und zahlreichen Lohnvereinbarungen abzuhandeln, wird auch 1920 kein Jahr des Preisfriedens werden. In den bevorstehenden Lohnkonflikten wird die Frage der tatsächlichen Kaufkraft der Löhne von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die Unternehmer belieben es ja so darzustellen, als ob der Reallohn längst den Lebensbedarf überschritten hätte.

Danach müßten die Arbeiter und Angestellten in der Lage sein, nach dem Ueberfluß zu leben vermögen. Die Argumente zu den Behauptungen der Unternehmer stützen sich auf die amtlich errechneten Reizkoeffizienten des Lohnes und der Preise. Nach ihrer Milchmädchenrechnung bewegt sich der Lebenshaltungsindeks um 152 bis 153, der Lohnindex geht darüber hinaus, also ist für sie die Frage der einfachsten Art der Welt gelöst. Es ist deshalb notwendig, sich mit dem Indexberechnungsmodus einmal gründlich auseinanderzusetzen. Einen guten Beitrag dazu liefern wir im Handelsblatt der „Vossischen Zeitung“ vom Februar dieses Jahres in einem Artikel „Wie teuer ist die Arbeit“, der außerordentlich beachtliche Ausführungen enthält und der beweist, daß selbst von bürgerlicher Seite die Theorie von der Ueberhöhung der Löhne auf

Grund der Indexberechnungen erkannt wird. Den landläufigen Klagen der Unternehmer über die steuerliche und soziale Belastung wird folgendes entgegengehalten:

„Noch niemals aber ist bisher von Seiten der Industrie hervorgehoben worden, daß die Gehalts- und Lohnempfänger in gleicher Weise von diesen Lasten getroffen werden. Welcher Arbeitnehmer hat früher solche Steuern und Sozialabgaben getragen, wie das heute der Fall ist? Waren früher 200 M. ausbezahlter Lohn gleich 190 M. Nettolohn, so sind heute 200 M. nur noch 150 bis 160 M. Stellt man also unter Außerachtlassung dieser Lasten einen Lohnindex auf, wie es wiederholt von interessierten Seiten geschieht, und kommt man dabei zu einer Reizkoeffizienten von 150 %, so besagt das keineswegs, daß die Hälfte Lohn mehr als vor dem Kriege dem Arbeitnehmer kaufkraftmäßig zur Verfügung stehe, sondern allein unter Berücksichtigung der angeführten Belastungen sind es nur 120 bis 125 %. Dieser Abzug muß daher neben der jetzt allgemeinen anerkannten Kürzung des Bruttolohnes infolge überhöhter Preise im Vergleich zur Lohnsteigerung gemacht werden. Dann aber bleibt nur noch ein Nettoeinkommen, das wenig über dem der Vorkriegszeit liegt, das heißt es ergibt sich eine wesentliche Kürzung der bisher immer in Abzug gebrachten realen Durchschnittseinkommen.“

In der Tat wird es niemals beachtet, daß der Arbeiter zu den Lasten der Sozialpolitik, der Arbeitslosigkeit usw. in so außerordentlicher Weise beiträgt. Ein großer Teil des Arbeitslohnes und des Angestelltengehaltes darf deshalb gar nicht in Rechnung gestellt werden, weil die Empfänger ihn niemals zu sehen bekommen. Es ist wohl begreiflich, daß man sich nicht daran macht, einen amtlichen Lohnindex aufzustellen. Würde man es objektiv tun, käme man zu weit tieferen Sätzen als man sie in den Denkschriften und Beweisführungen der Unternehmer zu lesen bekommt. Aber auch der Preisindex der Lebenshaltungskosten spielt in der ganzen Diskussion eine nicht geringe Rolle. Wenn man es auf der einen Seite wohlweislich vermeidet, einen genauen Lohnindex aufzustellen, so glaubt man aber auf der andern Seite die Lebenshaltungskosten durch ein Normalschema vollständig erfassen zu können. In dem vom Statistischen Reichsamt aufgestellten Lebenshaltungsindeks handelt es sich um fünf große Gruppen, die sich folgendermaßen zusammensetzen:

Ernährung	54,77 %
Wohnung	20,35 %
Heizung und Beleuchtung	5,55 %
Bekleidung	10,05 %
Sonstiger Bedarf einschließlich Verkehr	9,28 %
Zusammen	100,00 %

Das vorstehende Schema ist im Jahre 1925 verbessert worden. Dennoch erfaßte diese Berechnungsmethode lange nicht die Normalbedürfnisse eines Kulturmenschen. Der angezogene Artikel der „Vossischen Zeitung“ geht hierauf mit folgenden Worten ein:

„Enthalten ist in diesem Schema ohne Zweifel all das, was ein Mensch bedarf, um den primitivsten biologischen und polizeilichen Erfordernissen gerecht zu werden. Er kann sich ernähren, kleiden und hat — vielleicht — beim Schlafen ein Dach über dem Kopf. Aber einigermaßen normalen Ansprüchen wird dieser Index in keiner Weise gerecht. Abgesehen von Lücken in diesem Schema, sind auch einige der berücksichtigten Postionen stark ansehbar. Das gilt in erster Linie für den Wohnungsposten. Hier ist lediglich die 120prozentige Friedensmiete zugrunde gelegt. Ist es den Verfassern der Statistik unbekannt, daß wir in Deutschland eine gewaltige Wohnungsnot haben, die einen derartigen Errechnungsmodus des Lebenshaltungsindeks unmöglich macht? Schlecht gerechnet 20 % des deutschen Volkes sind nicht glückliche Besitzer einer Altwohnung. Ein Teil davon bewohnt Neubauten, deren Mieten nicht 120 % der üblichen Friedensmieten, sondern 170 bis 200 % betragen. Und ein Teil — sicher 4 bis 5 Millionen Frauen und Kinder eingerechnet — wohnen möbliert, und zwar zu Mieten, die mit 200 % eher zu niedrig als zu hoch angelegt sind.“

Diesen klaren Worten braucht eigentlich wenig hinzugefügt zu werden. Die Lebenshaltungskosten sind aufgebaut auf die primitivsten Bedürfnisse. Was wirkliche Leben spiegelt sich darin nicht wieder. Namentlich die Gruppe „sonstiger Bedarf“ müßte mit einer wesentlich höheren Ziffer angenommen werden. Aber auch der Posten „Bekleidung“ ist auf derartig anspruchslose Bedürfnisse zugeschnitten, daß sie kein richtiges Bild ergeben. In diesem Posten wird für eine fünfköpfige Familie folgender Jahresverbrauch angenommen: 1 Herrenanzug, 1 Knabenanzug, 1 Mädchenkleid, 1 Frauenrock, 2 Blusen, 7 Männer- und 6 Frauenhemden, 16 Meter Hemdentuch, 6 Paar Männersocken, 6 Paar Frauenstrümpfe, je 1 Paar Männer- und Frauenstiefel, 2 Paar Kinderstiefel, achtmaliges Besohlen mit Wachs von Männerstiefeln. Wenn man einem amerikanischen Arbeiter einen derartigen Verbrauch amukete, würde er es zweifellos als eine Beleidigung empfinden. Dabei handelt es sich hier um ganz billige Waren. Im Reichsdurchschnitt wird zum Beispiel in Deutschland ein Jahresverbrauch pro Kopf von 1,4 Paar Stiefeln angenommen. Im obigen famosen Index sind für fünf Personen insgesamt nur 4 Paar Schuhe in Anrechnung gebracht, also ein Jahresverbrauch von 0,8 Paar Schuhe. Daraus dürfte zu ersehen sein, wie ungeeignet der Lebenshaltungsindeks ist. Nicht allein, daß darin wichtige und nicht abwendbare Ausgaben fehlen, die darin enthaltenen sind teilweise willkürlich und absichtlich niedrig bemessen.

Die ganze Lohnfrage muß danach beurteilt werden, wie hoch der Lohnanteil am Produkt ist. Die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft ist wesentlich gewachsen. Der Lohnanteil am Einzelprodukt konnte zwar nicht einheitlich, aber doch im wesentlichen stark herabgedrückt werden. Danach muß die bare Lohnsumme beurteilt werden. Die falschen Lohn- und Preisreize wachsen sich nach und nach geradezu zu einem Unfug aus, und müssen entweder ersetzt oder ganz beseitigt werden.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Das Ergebnis unserer diesmaligen Arbeitslosenzählung, die unter der uneingeschränkten Herrschaft des außerordentlich lang anhaltenden Winters zustande gekommen ist, zeigt, daß Neubauten vorhanden sind, waren die Arbeiter in der Kälte schon vor Wochen eingestellt, und die um Jahreszeit sonst einsehenden Privatarbeiten mußten des frühen Ostertermins bis zum Eintritt günstigerer Verhältnisse hinausgeschoben werden. Infolgedessen hat die Arbeitslosigkeit im allgemeinen wie auch in dem Berufe in den letzten Wochen noch weiter um sich gefangen und viele Betriebe waren in sehr unangenehmer Lage sich befindlichen Gewerbes sind völlig stillgelegt worden.

An der Berichterstattung beteiligten sich am Ende des Monats Februar 170 Filialen in insgesamt 54 552 Mitgliedern. Davon wurden 26 396 männliche und weibliche, zusammen 26 412 Mitglieder als erwerbslos ermittelt. Das sind 48,6 % der männlichen und 67 % der weiblichen Mitglieder, oder unter Berücksichtigung der Gesamtmitgliedschaft 48,4 % Arbeits-

lose im Reichsdurchschnitt. Im Vergleich zum Vorjahre entwickelte sich die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder wie folgt:

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1928	1929	1928	1929	1928	1929	1928	1929
Januar	162	161	47 228	53 291	14 776	22 270	31,3	41,8
Februar	167	170	48 062	54 552	12 957	26 412	26,9	48,4
März	151		46 560		6 693		14,4	
April	157		48 503		3 502		7,2	
Mai	156		49 706		2 189		4,4	
Juni	151		48 453		2 355		4,9	
Juli	134		45 744		2 832		6,2	
August	157		53 800		3 698		6,9	
Sept.	151		52 388		3 448		6,6	
Oktober	160		53 673		6 297		11,7	
Nov.	164		55 086		11 451		20,8	
Dezember	167		55 630		19 217		34,6	

In Wirklichkeit stellt sich das Verhältnis, abgesehen von Kurzarbeit, von der weitere 10 566, davon 27 weibliche Mitglieder, betroffen wurden, noch erheblich schlechter, als aus den vorstehenden Zahlen hervorgeht. Ziehen wir nämlich in Betracht, daß in den berichteten Filialen 7805 organisierte Lehrlinge vorhanden sind, die auf Grund ihres Lehrvertrages von Arbeitslosigkeit nicht betroffen werden können und berechnen wir den Prozentsatz der Arbeitslosen nach den dann verbleibenden 46 750 Vollmitgliedern, so kommen wir auf 56,5 Arbeitslose von jedem Hundert der organisierten Malergehilfen. Und da die Unorganisierten erfahrungsgemäß noch wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen werden, genügt deren Erwähnung, um einen Ueberblick über die katastrophalen Wirkungen dieses strengen Winters in Verbindung mit dem allgemein festgestellten Abflauen der Konjunktur zu geben. Auf die geschäftliche Lage unseres Gewerbes werden wir nach Bearbeitung der Konjunkturfragebogen des näheren einzugehen versuchen.

Nicht oder nicht rechtzeitig berichtet haben die Filialen: Achaffenburg, Bochum, Crimmitschau, Cuxhaven, Eisenberg, Emmendingen, Liegnitz, Mainz, Weiden in der Oberpfalz und Weiswasser.

Das FACHBLATT DER MALER

Ist Eigentum des Verbandes

Auch Du mußt Abonnent sein

Ein Beitrag zu dem Anflug der Gründung von Innungskrankenkassen.

In der Nummer 9 des „Maler“ berichteten wir über die Zustände bei der Innungskrankenkasse Essen, die nach fünfmonatigem Bestehen eine Schuldenlast von 36.800 M aufweist, so daß ihre Existenz schon nach ganz kurzer Zeit stark gefährdet ist. Ähnliche Neugründungen sind bekanntlich für unser Gewerbe im vorigen Jahre auch in einer Anzahl anderer Städte erfolgt.

In Frankfurt a. M., wo ebenfalls die Gründung einer Innungskrankenkasse beschlossen worden war, wurde zunächst die Genehmigung der Kasse durch den Regierungspräsidenten verweigert. Später gab jedoch der preußische Wohlfahrtsminister Hirtler seine Zustimmung. Die Eröffnung der Kasse wurde sodann auf den 1. Februar 1929 verfügt. Die inzwischen eingetretene Wendung der Angelegenheit zeigt, wie unüberlegt heute vielfach solche Kassengründungen erfolgen, und wie notwendig es ist, daß im preußischen Wohlfahrtsministerium eine andere Praxis bezüglich der Genehmigung von neu zu gründenden Innungskrankenkassen Platz greift. Im Verlauf der Angelegenheit zeigte sich nämlich, daß die Errichtung der Innungskrankenkasse nicht nur gegen den einmütigen Willen der zu versichernden Arbeitnehmer, sondern von dem früheren Innungsvorstand auch gegen den Willen des größten Teiles der eigenen Mitglieder durchgesetzt worden war. Die Beschlussfassung über die Gründung der Kasse war seinerzeit in aller Eile und ohne genügende Aufklärung der Innungsmitglieder erfolgt. Nachdem man sich dann in der Zwangsinnung über die Bedeutung der Angelegenheit und über das einzugehende persönliche Risiko erst einmal klar geworden war, wurde dem Vorstand ein Antrag unterbreitet, die neu errichtete Kasse wieder aufzulösen. Da auch gleichzeitig ein von 256 Innungsmitgliedern unterzeichneter Antrag auf Auflösung der Zwangsinnung gestellt war, sah sich der Innungsvorstand gezwungen — um einer Auflösung der Zwangsinnung zu begegnen — der Innungsversammlung den Antrag auf Auflösung der neu gegründeten Krankenkasse zu unterbreiten. Die Auflösung der Innungskrankenkasse wurde dann von der Versammlung mit 165 gegen 62 Stimmen beschlossen. Anschließend gab auch der neugewählte Kassenausschuß seine Zustimmung zu der Auflösung.

Das Oberversicherungsamt hat inzwischen auf Antrag der Beteiligten den Termin für die Eröffnung der Innungskrankenkasse vom 1. Februar auf den 1. August 1929 verschoben. In der Zwischenzeit muß die Liquidation der Kasse erfolgen.

Heute werden sicher nicht nur die Gegner der Innungskrankenkasse, sondern auch ihre Befürworter im früheren Vorstand der Zwangsinnung heilfroh sein, daß sie von der Krankenkasse noch vor ihrem Inkrafttreten wieder befreit werden. Die Erfahrungen in andern Städten mit neugegründeten Innungskrankenkassen geben zu denken. Auch die verlässlichen Befürworter im Frankfurter Innungsvorstand werden sich darüber klar sein, daß ihre Gründung den Anforderungen, die der diesjährige Winter an die Krankenkassen stellte, nicht gewachsen gewesen wäre. Wenn demgegenüber der frühere Vorstand der Zwangsinnung den Arbeitnehmern des Malergewerbes in einem besonderen Flugblatt „An unsere Gehilfen“ die Vorteile der Innungskrankenkasse klarzumachen versuchte, so werden andere Kollegen selbst entscheiden können, was von den dort gemachten Versprechungen zu halten ist.

In den Sitzungen der Innungskrankenkasse nehmen sich die Leistungen der Kasse allerdings sehr gut aus. Zumal man bei Gründung dem Versicherungsamt gegenüber den Nachweis führte, daß die gleichen Leistungen gewährt

werden wie von der Ortskrankenkasse. Nach der Gründung steht es in der Regel allerdings etwas anders aus. Bei dem überwiegenden Einfluß der Arbeitgeber im Vorstand und im Ausschuß einer Innungskrankenkasse ist es meistens nicht allzu schwer, die Satzungen später nach den Wünschen der Arbeitgeber umzuändern. Und wo dies nicht geschieht, wird dann schon das Versicherungsamt bei den meist sehr bald in Erscheinung tretenden finanziellen Schwierigkeiten eine Herabsetzung der Kassenleistungen verfügen. Dafür sind gerade in letzter Zeit genügend Beispiele vorhanden. Ebenso steht es mit den Behauptungen in dem schon erwähnten Flugblatt, daß die Innung sich nicht um den Krankheitszustand der in Arbeit tretenden Gehilfen kümmere. Zur Illustration, welcher Wert solchen Erklärungen beizumessen ist, bringen wir einen wörtlichen Auszug aus einem Artikel in der Nummer 5 der Zeitschrift „Deutsche Innungskrankenkasse“. Da wird darauf hingewiesen, wie sich die Innungskrankenkassen vor übermäßiger Inanspruchnahme schützen können. Dann heißt es weiter:

„... Das kann sehr wohl geschehen, wenn man es sich zur Regel macht, nur solche Personen in Beschäftigung zu nehmen, deren Gesundheitszustand nicht die Besorgnis aufkommen läßt, daß sie alsbald der Kasse zur Last fallen würden. Zwar gehört in die Satzung der Innungskrankenkasse keine derartige Vorschrift hinein, aber es steht nichts entgegen, wenn die Innungsmitglieder durch Beschluß der Ordnungstrafe verpflichtet werden, nach diesem Grundsatz zu verfahren. Wenn auch der Erwerb der Kassenmitgliedschaft nicht dadurch gehindert werden kann, daß jemand beim Eintritt in die Beschäftigung seitens eines Innungsmeisters bereits erkrankt (allerdings noch erwerbsfähig ist), so kann doch darauf hingewiesen werden, daß er schon vor dem Arbeitsbeginn vertragsmäßig ein ärztliches Gesundheitszeugnis dem Arbeitgeber vorlegen muß, und daß bei Nichtbeschaffung solcher Urkunde die geplante Beschäftigung scheitert. In dieser Maßregel, die bei Ertragskassen bekanntlich allgemein üblich ist, läßt sich ein Verstoß gegen das Gesetz nicht erblicken; nicht die Krankenkasse, sondern der Arbeitgeber wehrt die schlechten Risiken ab, und die Reichsversicherungsordnung läßt ihm ebenso wie die Reichsgewerbeordnung freie Hand, wen er in Arbeit nehmen will und wen nicht.“

Klarer als hier kann doch wohl nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß es das Ziel der Innungskrankenkasse ist, denjenigen, die irgendwie krankheitsverdächtig sind, den Weg zum Arbeitsplatz zu versperren.

Welche Haltung demgegenüber die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und unsere Organisation einzunehmen haben, versteht sich von selbst. Unsere Stellungnahme ergibt sich auch aus den Beschlüssen des letzten Hamburger Gewerkschaftskongresses und aus dem Beschluß unserer Stuttgarter Generalversammlung zu dieser Frage. Nicht Zersplitterung des Krankenkassenwesens, sondern Ausbau und Vereinhaltung der Sozialversicherung ist unsere Parole!

Aus unserm Beruf

Tarifverneuerung für die Reichsmarinewerft in Wilhelmshaven.

Die für diesen Betrieb zuständige Reichsbehörde regelt die Gehaltsfrage für ihre Beamten in der Regel in recht wohlwollendem Sinne. Sofern es sich aber um ihre Arbeiter handelt, ist man vorsichtig darauf bedacht, sich keinerlei Vorwürfe seitens der Privatindustrie auszusprechen. Als

im Oktober vorigen Jahres der Werftarbeiterkampf ausbrach, erklärte sich das Reichsmarineweisamt bereit, für seine Betriebe die achtfünfstündige Arbeitszeit einzuführen, ohne daß den Arbeitern dadurch ein materieller Nachteil erwachse. Die bisherige Wochenarbeitszeit von 54 Stunden sollte fort um 3 Stunden, vom 1. April 1929 an um weitere 3 Stunden verkürzt werden. Auf dieser Grundlage kam eine Einigung zustande und die 9000 Arbeiter blieben von einer Einmütigkeit in den großen Werftarbeiterstreik verschont.

Der Kampf der Werftarbeiter ist dann nach 14wöchentlicher Dauer durch einen verbindlich erklärten Schiedsspruch beendet, ohne daß dabei den berechtigten Wünschen der Arbeiter in genügender Weise Rechnung getragen wurde. Weil der hierfür gefällte Schiedsspruch nur mit der Stimme des Vorstehenden gefällt wurde, besteht nach dem letzten Entscheid des Reichsarbeitsgerichtes kein rechtsgültiges Tarifverhältnis. Entgegen den vorjährigen Ermahnungen versuchte nun das Reichsmarineweisamt, sich das ungenügende Ergebnis des Werftarbeiterstreiks in der Lohnfrage zunutze zu machen, indem es nun nicht den vollen Lohnausfall, der durch die Arbeitszeitverkürzung entstand, gewähren wollte. Am 7. März wurden dann Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag geführt. Das Ergebnis bringt den in den Reichsmarinewerften beschäftigten Arbeitern die Vorteile, die von den Arbeitern der Seeschiffswerften erkämpft worden sind. Für die 6 Stunden Arbeitszeitverkürzung ist der Stundenlohn der Gelehrten um 7 % für die Ungelehrten und Ungelehrten um 6 % erhöht. Die Sozialzulagen gelten unverändert weiter. An der Dauer der Ferien ist nichts geändert, die betragen 6 bis 12 Tage. Eine wesentliche Verbesserung tritt aber in der Bezahlung der Urlaubstage ein. Während bisher nur der tarifmäßige Zeitverdienst erstattet wurde, wird in Zukunft auch der durchschnittliche Akkordüberverdienst mitbezahlt. Die Lehrlinge erhielten bisher keine Ferien. Für diese sind nunmehr im ersten Lehrjahr 12 Tage, dann 8 und 6 Tage Ferien tariflich festgelegt. Außerdem sind noch einige sonstige Verbesserungen vorgenommen. Es ist dann gelungen, durch freie Vereinbarung zu einem neuen Tarifabschluß zu kommen.

Die auf der Wilhelmshavener Reichsmarinewerft getroffene Lohnregelung bringt die Löhne unserer Kollegen im Malergewerbe stark ins Hintertreffen. Wenn man die Wochenverdienste zugrundelegt — und nur diese können zu einem Vergleich herangezogen werden —, dann ergibt sich im Malergewerbe gegenüber der Vorkriegszeit nur eine Steigerung um 66 % und es wird die höchste Zeit, daß hier durch eine zeitgemäße Aufbesserung Wandel geschaffen wird.

Chemnitz. Unsere diesjährige Hauptversammlung fand am 13. Februar im „Gasthaus zur Linde“ statt. Nach Ehrung der verstorbenen Mitglieder erstattete Kollege Schirber den Jahresbericht. Er gab einen Rückblick über die im verfloffenen Zeitraum geleistete Organisationsarbeit, die zum Neuaufschluß des Reichstarifs führte, außerdem der Erhaltung der 45stündigen Arbeitswoche, eine in zwei Etappen durchgeführte Lohnerhöhung und durch Neuregelung der örtlichen Bestimmungen unsern Kollegen auch noch andere Vorteile brachte. Die Wahl des Kollegen Weitz zum Geschäftsführer des sozialen Baubetriebes hat eine Veränderung in der Zusammensetzung der Filialverwaltung nötig gemacht. In seinem Geschäftsbericht konnte Kollege Rauchenbach mit freudiger Genugtuung feststellen, daß sich die Kassenverhältnisse infolge sparsamen Haushaltens des Filialvorstandes wesentlich gebessert haben. Ein Bestand von über 18.000 M läßt uns etwa kommenden Wirtschaftskämpfen mit Ruhe entgegensetzen. Der Mitgliederbestand ist mit 1051 am Jahreschluß als zufriedenstellend anzusprechen. Soweit Kämpfe um die Verbesserung

Würde.

Da braust die See. Da braust die kapitalistische See. Die kapitalistische See braust her um den Fels, um jenen Fels, der da heißt, Proletar!

Schlangen umwirbeln den einsamen Fels. Schlangen, die ihren weißen Geißer spritzen an den roten Felsblock. Schlangen, die zischen und verleumden. Schlangen mit goldengleisenden Leibern.

O du guter Fels Proletar, stehe du fest im kapitalistischen Sturm. O du guter Fels Proletar, wahre du dir deine Würde.

Laß sie zischen, zischen und lügen, die See des Profits. Die Würde steht fest!

O du roter Fels Proletar, du bist die Hoffnung der Menschheit, du sollst dereinst Baustein sein, der Grundstein neuer Gesellschaftsformen.

Proletar, du bist die Arbeit. Arbeit ist das Heiligste an der Menschheit, Arbeit schenkt Würde.

Brause nur, du kapitalistische See, spucke, brande, schleiche und ducke dich zum Sprunge — fest steht der Proletar, fest steht der rote Fels, die Würde, der Ernst und das Können.

„Dem Sozialismus die Zukunft!“ Max Dorn.

Der Tag des Buches.

Dem Beispiel anderer Länder folgend, veranstaltet nun auch die deutsche Regierung in Verbindung mit Schrifttum- und Buchhandel am 22. März, dem Todestage Goethes, einen „Tag des Buches“. Der Zweck dieser Veranstaltung soll sein, wie der Reichsminister des Innern, Sefering, in einer der vorbereitenden Aussprachen sagte, dem Buche als dem ältesten Pionier der Kultur wieder mehr Verbreitung zu verschaffen.

Es kann kein Zweifel darüber sein, daß heute eine Krise des Buches besteht. Zahlreiche Faktoren materieller

und kultureller Art haben das Buch mehr und mehr aus seiner Rolle, Bildner des Menschen zu sein, verdrängt. Sport, Radio, Kino haben das Interesse des Menschen auf sich gelenkt und nehmen seine freie Zeit in Anspruch. Daneben kommt die Zeitung dem Lesedürfnis der Massen durch eine immer bessere und vielfältigere Ausgestaltung ihres Textteiles entgegen. Die Neigung zum Sport, zum Kino, zum Radio, zur Zeitungslektüre entspricht dem Rhythmus unserer Zeit, dem Tempo des modernen Lebens. Der Arbeiter, der acht und mehr Stunden in dem modernen Arbeitsprozeß eingespannt ist, nimmt nur zu leicht die sich ihm anbietende müßelose Unterhaltung entgegen. Aber diese Trägheit des Denkens, die notwendigerweise zu einer geistigen Verflachung führt, muß überwunden werden. Gegenüber der nervenzerrüttenden Arbeit muß das Buch als wirksamer Gegenpol neben Sport, Kino und Radio wieder eine hervorragende Stellung einnehmen.

Es braucht kaum bewiesen zu werden, daß alle Faktoren, die das Buch verdrängt haben, seinen Bildungswert weder aufzuwiegen noch zu ersetzen vermögen. Das gehörte Wort, das gesehene Bild, verschwindet gar zu schnell dem Gedächtnis und hat für den Durchschnittsmenschen oft nur Unterhaltungswert. Auch das Lesen der Zeitung darf dem modernen Menschen nicht genügen. Die Zeitung wird für den Tag geschrieben und kann bei ihrer Vielfältigkeit nur oberflächlich bleiben. Allein das Buch, das zum Nachdenken, zum Verweilen zwingt, gestattet ein tieferes Eindringen in die Werkstatt des Geistes; allein das Buch kann geistiges Gut zu nachhaltigem Erlebnis und damit zu eigenem Kulturgut machen. Es ist daher zu begrüßen, wenn Bestrebungen vorhanden sind, das Buch wieder zu fördern und diese Bestrebungen müßten besonders innerhalb der Arbeiterschaft wirksam unterstützt werden.

Wenn in den Kreisen der Arbeiterschaft das Buch noch nicht die ihm gebührende Stellung einnimmt, so ist das um so mehr zu bedauern, als gerade die Arbeiterschaft

besteht ist, das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse zu brechen und wirtschaftlich und kulturell Träger der kommenden Gesellschaft zu werden. Natürlich sind die Hemmungsmomente, die den Arbeiter vom Buche trennen, in erster Linie in den materiellen Ursachen zu suchen. Der karge Arbeitslohn reicht oft knapp zur Befriedigung der notwendigsten materiellen Bedürfnisse; da muß der Wunsch ein gutes Buch als Eigentum zu besitzen, als unerfüllbar zurückgestellt werden. Das Bedürfnis, ein gutes Buch zu besitzen, wird aber auch oft durch die allgemein verbreitete Ansicht, daß das Buch zu teuer sei, im Keime erstickt. Das Schlagwort von den teuren Büchern beruht zum Teil auf einem Irrtum. Lediglich die sogenannten Neuerscheinungen sind — nicht im Verhältnis zu ihrem Herstellungswert, sondern im Verhältnis zum Arbeiterlohn — zu teuer. Dagegen sind die älteren Werke bedeutender Dichter ausnahmslos in billigen Preislagen und doch guten Ausstattung zu erhalten. Namentlich alle Volksbuchhandlungen legen Wert darauf, billige und für den Arbeiter im Preise erschwingliche Bücher zu führen. Neuerscheinungen, die wertvoll genug sind, auch vom Arbeiter gekauft zu werden, sowie auch die wissenschaftlichen Bücher, die größere Anforderungen an den Geldbeutel stellen, werden von allen Volksbuchhandlungen gegen Teilzahlung abgegeben. Viel Anklang hat das von fast allen Volksbuchhandlungen im Reiche eingeführte Buchkartensystem, gefunden, mittels dessen auf Grund von Teilzahlungen von 50 % wöchentlich an, Bücher nach Wahl und Bedarf bezogen werden können. Fast jedem ist also heute die Möglichkeit geboten, sich mit der Zeit eine eigene kleine Bücherei anzuschaffen und daraus sein Bildungsbedürfnis zu befriedigen.

Was hier gesagt ist, gilt in doppeltem Maße für die junge Arbeiterschaft und es ist außerordentlich zu begrüßen, daß die heranwachsende Jugend den körperlichen Ausgleich zu ihrer schweren Arbeit in sportlicher Betätigung

Ver den Zug der Zeit erkannt hat,
best gewiß auch unser

FACHBLATT

Lohn- und Arbeitsbedingungen nötig waren, konnten reiflos mit gutem Erfolge für die Mitgliedschaft zu Ende führt werden. Jugendleiter Engelhardt hat die Jünglingsabteilung im Laufe seiner Amtsperiode aus seinen Anfängen auf einen Stand von 57 Mitgliedern gebracht; er hofft, daß es bei reger Mitarbeit unserer Kollegen gelingen möge, am Ende des laufenden Jahres die doppelte Zahl in unsern Reihen vereinigt zu haben. Die Sprache brachte das gewohnte Konzept von zwei oppositell eingestellten Kollegen, zu denen sich als Clou des Monats ein dritter mit vollendeter dreiwöchentlicher Mitgliedschaft gesellte, für den die Organisation zur Zeit eine Aufgabe vor dem Arbeitsgericht durchführt. Die alte Einheitsfrontmelodie mußte wieder einmal erhalten, dazu kamen — ebenfalls nicht ganz neu — bittere Klagen, daß unsere Verbandszeitung immer noch nicht zur Wiederbelebung der gewerkschaftsfeindlichen Propagandaartikel bereit sei. Die Vorstandswahl ergab eine große Mehrheit für Kollegen: Schröber als 1., Kurt Meyer als 2. Vorsitzender, Kaufmannbach als Kassierer und Geschäftsführer, Wehner, Seidler, Hauffeln und Vensterer als Beisitzer und alle als Revisoren. Ein Antrag, der den Hauptvorstand forderte, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Arbeitslosenunterstützung für unsere Kollegen voll nach den geleisteten Beiträgen während der Winterarbeitszeit berechnet wird, wurde einstimmig angenommen. Zusammenfassend konnte man aus der verlaufenen Versammlung den Eindruck gewinnen, daß die Chemnitzer Kollegen die Mäßigkeit ehrlicher und kritischer Gewerkschaftsarbeit voll erkannt haben, und daß sie den Gewerkschaftspalern, die in einigen Ortsgruppen der Zentralverbände ein Tumultfeld für ihre gewerkschaftlichen Seitenprünge gesehen haben, die Gefolgschaft verweigern.

Dresden. Der am 17. Juni 1899 in Hamburg geborene Malergehilfe Erich Schrumpp hat der Filiale Dresden einhundertsechzig Beiträge unterschlagen und dafür eine zweimonatige Gefängnisstrafe verurteilt. Da er sich seiner Entlassung aus dem Gefängnis auf die Wanderarbeit abgemeldet hat, warnen wir alle Filialen unseres Verbandes vor ihm, da er ein gutes Mundwerk hat und versteht, sich bei den Kollegen Vertrauen zu gewinnen, er dann mißbraucht. Schrumpp ist aus der Organisation ausgeschlossen worden.

Ebing. In unserer diesjährigen Filialgeneralversammlung gab der Vorsitzende, Kollege Swieczkowski, einen Überblick auf die umfangreiche Organisationsfähigkeit im letzten Jahre. Aus dem Kasernenbericht des Kollegen Kanski ging hervor, daß die Finanzverhältnisse wie auch die Mitgliederbewegung als gut bezeichnet werden können und die Filiale überhaupt ein gutes Stück vorwärts gekommen ist. Ein Erfolg war unsere letzte festliche Veranstaltung, an der sich die Lehrlingsabteilung vollzählig und hervorragend beteiligt hat. Dem Kassierer wurde Entlohnung erteilt und der Filialvorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt.

Friedberg i. S. In der am 24. Februar tagenden Generalversammlung widmete der Vorsitzende, Kollege Henkel, den verstorbenen Mitgliedern einen ehrenden Nachruf. Er gedachte besonders des kürzlich dahingegangenen langjährigen Bezirksleiters, Kollegen Zimmermann, dessen Tätigkeit im 2. Bezirk unvergessen bleiben wird. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die amatorsche Tätigkeit im vergangenen Jahre gute Erfolge zu verzeichnen hatte. Die Mitgliederbewegung schließt 1928 mit 279, ein Mehr von 50 Mitgliedern in sich. Für die Jahre im Wachsen begriffene Lehrlingsabteilung sollen im nächsten Jahre neben den üblichen Vorträgen für Allgemeinbildung und den fachtechnischen Bestrebungen auch Wandertage und Besichtigungen veranstaltet werden, um das

Blickbild der in unserm Verbands heranwachsenden Generation zu erweitern. Der Lehrlingsauschuss ist in 4 Fällen wegen Differenzen im Arbeitsverhältnis mit Erfolg tätig gewesen. Wünschenswert wäre, daß sich auch unsere älteren Kollegen in größerer Zahl an den vom Bezirksratstell Friedberg veranstalteten Bildungskursen beteiligten. Auch unserm Fachblatt sollte als vorzüglichstes berufliches Bildungsorgan größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit haben die örtlichen Berufsorganisationen mit Erfolg zusammengearbeitet. In dem Kasernenbericht des Kollegen Rees spiegelt sich die wirtschaftliche Depression des abgelaufenen Geschäftsjahres wider. Obwohl infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse im Jahresdurchschnitt 4,5 Erwerbslosenmarken pro Mitglied ausgegeben wurden, konnte der Kasernenbestand verdoppelt werden. Entlastung und Wiederwahl des Vorstandes erfolgte gegen 1 Stimme. Im Anschluß an die Berichte referierte der Bezirksleiter, Kollege Luth, über die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter und wies auf die Aufklärungswoche für Unfallversicherung hin. In der Aussprache wurde ein weiterer Ausbau des Arbeitslosenversicherungsgesetzes als besonders dringlich dargestellt. Nach Ehrung von drei alten Mitstreitern fand die gut verlaufene Versammlung mit dem Ergebnis ihr Ende, daß die örtlichen anständigen Kollegen die ganze Kraft für die weitere Ausgestaltung unserer Organisation einsetzen werden.

Gera. (Jahresbericht.) Die Aufwärtsentwicklung der Filiale ist im abgelaufenen Geschäftsjahr fortgesetzt worden. Unsere Mitgliederzahl konnte bei 89 Neuaufnahmen und 2 Uebertritten aus andern Organisationen von 124 am Anfang auf 179 (davon 140 Vollmitglieder, 38 Lehrlinge und 3 invalide Kollegen) am Ende des Jahres 1928 gesteigert werden. So pulsiert, dank der intensiven Mitarbeit einer Anzahl überzeugter Kollegen, in der Filiale reges Leben. Auch das finanzielle Ergebnis ist zufriedenstellend; durch regelmäßige Hauskassierung konnte erreicht werden, daß nur 3 Mitglieder länger als 4 Wochen im Rückstand sind. Die außergewöhnlich früh einsetzende Arbeitslosigkeit hat erhebliche Aufwendungen für unsere Unterstützungseinrichtungen verursacht. Nachdem es unter Mitwirkung des Lehrlingsauschusses gelungen ist, für den Innungsbezirk Gera Lehrlingshöchstzahlen festzusetzen, wird ihre Durchführung erhöhte Aufmerksamkeit erfordern und wir werden Ausnahmen nicht zulassen. Ebenso wenig kann geduldet werden, daß die Bestimmungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch vermehrte Beschäftigung von sogenannten Volontären umgangen werden. Wegen Mißbräuche in der Lehrlingsausbildung ist mehrfach erfolgreich mit Klagen vorgegangen. Fachliche Fortbildungskurse hatten einen guten Besuch aufzuweisen. Vom Ortsratamt wurden die örtlichen Bestimmungen zum Reichsarbeitsvertrag geregelt, nur in der Frage der Aufwandsentschädigung bei auswärtigen Arbeiten mußte das Landesratamt angerufen werden. Auch in der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz ist durch gemeinsames Vorgehen der örtlichen Organisationen ein Fortschritt erzielt worden. Die erzielten Erfolge sollen ein Ansporn sein, uns im neuen Geschäftsjahr mit gesteigerter Kraft für die wirtschaftlichen und sozialen Ziele unseres Verbandes einzusetzen.

Königsberg in Preußen. Am 24. Januar tagte unsere gutbesuchte Generalversammlung. Nach der in üblicher Weise vorgenommenen Ehrung verstorbener Mitglieder erstattete der Geschäftsführer, Kollege Schwarz, den Jahresbericht. Die Mitgliederbewegung weist bei einem Stand von 954 einen Zuwachs von 174 vollzählenden Mitgliedern nach. Unsere Agitation in der Filiale und auf dem Lande hat zwar erhebliche Mühe und Kosten verursacht, sie hat aber gute Früchte getragen. Vor den Arbeitsgerichten waren 22 Klagen durchzuführen, die sämtlich zu unsern Gunsten entschieden wurden. Außerdem hat das Ortsratamt auf unsern Antrag gegen einige Unternehmer Strafen und Lohnnachzahlungen von insgesamt 440 M. ausgesprochen. Der im Berichtsjahre durchgeführte Lohnkampf hat uns in seinem Ergebnis nicht ganz befriedigt, wir erhoffen aber einen erzieherischen Erfolg errungen zu haben, dessen Auswirkungen bei den nächsten Lohnverhandlungen zutage treten sollen. In der Förderung unserer Jugendabteilung hat unser Jugendleiter, Kollege Wittke, eine glückliche Hand gehabt. Belehrende Vorträge und ein reges Versammlungsleben haben der Filiale neuen Aufschwung gebracht. Die gesteigerte Agitationsfähigkeit in dem weitverzweigten Netz unserer Zahlstellen hat naturgemäß erhöhte finanzielle Anforderungen gestellt. Es erscheint deshalb angebracht, anlässlich der Einführung der Invalidenunterstützung mit dem 1. April eine Reorganisation des Filialbeitrages durchzuführen, um von den Verpflichtungen gegenüber der Hauptkasse freizukommen und durch einen entsprechenden Kasernenbestand etwaigen später wiederum auftauchenden Differenzen mit unsern wirtschaftlichen Gegnern vorzuarbeiten. Durch Zusammenfassung der in der Industrie beschäftigten Kollegen zu einer Lackiererfektion sind erhebliche Mißstände aus dem Wege geräumt worden. Wenn der Geschäftsführer auch im neuen Jahre durch tätige Mitarbeit der Funktionäre unterstützt wird, dann kann die Filiale Königsberg in der Gesamtorganisation bald wieder die Stelle einnehmen, die ihr als Vorort des vom Mutterlande abgetrennten Ostpreußens eigentlich zukommen muß. Nach anschließender Diskussion wurde die bisherige Ortsverwaltung mit großer Mehrheit wiedergewählt. Der Vorsitzende, Kollege Dommel, konnte die Versammlung mit dem Wunsch auf einmütige Zusammenarbeit und einem brausend aufgenommenen Hoch auf unsern Verband schließen.

Marburg. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung nahm am 17. Februar den Vorstands- und Kasernenbericht für das zurückliegende Geschäftsjahr entgegen. Einer Gesamteinnahme von 6716 M. steht eine Gesamtausgabe von

5588 M. gegenüber, von denen 3157 M. an die Hauptkasse überwiesen wurden. Die Mitgliederbewegung hat sich bei 85 Neuaufnahmen zufriedenstellend gestaltet. Gewissenhafter Hauskassierung und einer vermehrten Aufklärungsarbeit muß es vorbehalten bleiben, unsere Mitgliederzahl nicht nur auf dem heuligen Stande von 183 Mitgliedern zu halten, sondern sie noch erheblich zu steigern. Die Neuwahl der bisherigen Filialverwaltung, mit dem Kollegen Henkel als Vorsitzenden, erfolgte einstimmig. Anschließend wurde noch der Bericht von der Frankfurter Bauarbeiterschulkonferenz besprochen, worauf die sachlich verlaufene Versammlung mit einem ehrenden Nachruf für den verstorbenen Kollegen Zimmermann ihr Ende fand.

Aus Unternehmertreffen

Von der Brandenburger Malermeisterlagung. Der Landesverband Brandenburg des Reichsbundes für das Deutsche Maler- und Lackiererhandwerk tagte vom 1. bis 3. März in Spremberg. Nach den internen Beratungen sprachen am 2. März Professor Rückert, München, über „Werk und Wert im Malerhandwerk“, Malermeister Höbner, Berlin, über „Neuzeitliche Techniken im Beruf“ und Reichsbundpräsident Kruse über „Wirtschaftsfragen im Malergewerbe“.

Herr Professor Rückert bezeichnete die jeweils herrschende Kunstströmung als Produkt der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Somit wäre die heutige sogenannte neue Sachlichkeit noch nicht das Letzte in der Entwicklung. Er habe kürzlich an einem Bauhilf geleitet: „Hier baut der Reparationsagent.“ Zweifellos war das eine treffende Kennzeichnung der gegenwärtigen Verhältnisse im Wohnungsbau. Nicht nur der kunstgewerbliche Teil, der oft als das Gegenteil von Wertarbeit zu bezeichnen ist, sondern das Malergewerbe allgemein ist durch die Bestrebungen reißender Automatisierung, die jedes individuelle Kunstschaffen unterbinde, bedroht. Während früher der Arbeitsausführende jeden, auch den kleinsten Auftrag geistig beeinflusste, führe der gegenwärtig herrschende Sparbau, verbunden mit primitivster Ausführung der Malerarbeiten zur Bevorgung der Unfähigen. Eine beispiellose Mittelmäßigkeit zeige sich bei der Lehrlingsausbildung. Gewohnheitsmäßig werde der Schule die Ausbildung des Lehrlings überlassen und der Lehrling im Betriebe zu anderen Arbeiten (als „Wagerhund“) benutzt. Die Mißstände bei den Meister- und Meisterprüfungen bedürften dringender der Abstellung. Zu begrüßen sei dagegen die Tätigkeit des Reichsbundes auf dem Gebiete der Farbennormung. Die J. G. Farbenindustrie, heute eine wirtschaftliche Macht, hat hier einen erheblichen Einfluß, dessen ungeachtet darf sich das Handwerk weder in diesen rein fachlichen noch in sonstigen Fragen zurückdrängen lassen. Fortschritte seien nur durch Zusammenfassung in Berufsorganisationen zu erzielen.

Herr Malermeister Höbner wußte zu den neuzeitlichen Techniken im Malerberuf nur wenig und nichts Neues zu berichten. Er erging sich in der Hauptsache in Angriffen gegen die Steuerpolitik und in Behauptungen über die deutsche Sozialpolitik, die viele Irrtümer enthielten. Nach seiner Meinung bestehen für das Gewerbe bei Einführung des Spritzverfahrens keine Bedenken.

Herr Reichsbundpräsident Kruse erhofft eine Belebung des Berufs von der Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungsbau. Die gegenwärtigen Lehrlingszahlen im Beruf bezeichnete er als katastrophal. So sei ihm kürzlich berichtet, daß in einer Stadt mit 72 000 Einwohnern 170 Malereibetriebe vorhanden sind, die 200 Lehrlinge halten. Im Vorjahre seien 40 000, heute 50 000 Lehrlinge allein bei den organisierten Mitgliedern des Reichsbundes festgestellt. Die Gehilfenorganisation sei gegen die Einführung der vierjährigen Lehrzeit, sie wende sich aber in erfreulicher Weise gegen die ungefunten Auswüchse der Schmutzkonkurrenz und der Schwarzarbeit. Ueber das Spritzverfahren vertrat Herr Kruse Anschauungen, die den gemachten Erfahrungen in weitestem Maße gerecht zu werden versuchten und vorteilhaft von den Ausführungen des Herrn Höbner abstachen. Sein eindrucksvolles Referat fand reichen Beifall.

Mit dieser Tagung war eine umfangreiche und gut angeordnete Ausstellung von Lehrlingsarbeiten verbunden. Wenn auch nicht alle Ausstellungsobjekte den heutigen Anforderungen entsprachen, so wurden doch auch gute Arbeiten gezeigt, die auf entsprechende Vorbildung und starke Anfänge handwerklichen Könnens schließen ließen. Die Preisrichter bedachten Oranienburg mit dem 1. Preis von 100 M., Frankfurt an der Oder mit dem 2. Preis von 75 M. und Spremberg mit dem 3. Preis von 60 M. Die Berliner standen außerhalb des Wettbewerbs. Es wäre zu wünschen, daß für derartige Ausstellungen geeignete Schulräume zur Verfügung gestellt würden.

Berufsunfälle

Ein Berufsfall und seine Folgen. Die Firma Leo-Werke, industrielles Unternehmen für die Fabrikation von Hautcreme und Zahnpasta in Dresden, unterhält in ihrem Betriebe auch eine eigene Malereibteilung. In dieser war unser Kollege H. als Hausmaler mitbeschäftigt. Vor einiger Zeit hatte er das Unglück, daß ihm eine Leiter unter den Füßen wegrutschte. Während der Sturz selbst keinen erheblichen Schaden anrichtete, erlitt Kollege H. durch den aus dem herabfallenden Eimer aussprühenden Kalk Verbrennungen am Auge. Auf Anraten des Vorkarbeiters wusch sich der Verunglückte das Auge mit Wasser aus. Diese Maßnahme ist jedenfalls auf ungeschickliche Weise ausgeführt, so daß der Kalk erst recht hineingerieben

st. Aber die Ausübung des Sportes darf die notwendige Erziehungsbildung nicht beeinträchtigen. Eine harmonische Ausbildung von Körper und Geist ist das Ziel, erstrebt werden muß.

Der „Tag des Buches“ wird alle Kulturorganisationen und die der Verbreitung des Buches dienenden Richtungen vereinigt sehen, das Buch in den Mittelpunkt allgemeinen Interesses zu bringen. Die prominentesten Vertreter der geistigen Schicht aller Stände des Volkes werden ihre Ansicht zur Krisis des Buches sagen. Zweifel wird dem mit der Buchproduktion beauftragten Verlag und dem vertreibenden Buchhandel manche Anregung gegeben werden, die viele Mängel aufzeigen kann, von dieser Seite zur Buchkrisis geführt haben und unter allen Umständen beseitigt werden müssen. Der Verlag muß den Preis so gestalten, daß das Buch breitesten Massen des Volkes zugänglich wird. Auf Kosten der Buchhaltung können große Ersparnisse erzielt werden, denn meistens Bücher verdienen das Kleid nicht, das sie tragen. Dann muß endlich Schluß gemacht werden mit hemmungslosen Ueberproduktion, die viel Schuld an der Verteuerung des Buches trägt. Der Buchhandel muß beglücklicht werden, aus seiner allzu vornehmen Reserve auszutreten und neue Wege suchen, das Buch an den Leser heranzutragen.

Darüber hinaus verdient das, was am „Tage des Buches“ in der Presse, im Rundfunk, in Vorträgen usw. über das Buch gesagt wird, von allen Kreisen und insbesondere von der Arbeitererschaft, gehört zu werden. Es würde schon viel gewonnen sein, wenn alle Arbeiter ihrer Volksbuchhandlung am Tage des Buches einen Besuch abstatten würden. Der Buchhandel wird natürlich gerade diesem Tage alle Anstrengungen machen, seine Leistungsfähigkeit zu beweisen und sich freuen, wenn seine Bestrebungen die gewünschte Anerkennung finden. S. W.

wurde und das Auge entfernt werden mußte. Nach langem Schmerzenslager und mehrmonatiger Krankenhausbehandlung trat der Kollege nach dem Verlust des einen Auges wieder in den Arbeitsdienst der Firma. Da er aber nun — nach Ansicht der Betriebsleitung — nicht mehr als vollleistungsfähig angesehen werden konnte, benutzte diese die erste Gelegenheit, ihn bei einer Betriebskürzung als einen der ersten zu entlassen, obwohl noch andere Maler im Betriebe anwesend waren, denen es eher möglich gewesen wäre, im Baualergewerbe unterzukommen. Großmütig und um ihrer christlichen Nächstenliebe zu genügen, zahlte die Firma dem Kollegen H. eine Entschädigung von 25 M., damit er etwas zum Zusehen habe.

Es wäre sicher möglich gewesen, den mit dem Verlust eines Auges geschädigten Kollegen in einem so großen Betriebe auf einige Zeit in einer andern Abteilung unterzubringen und ihn so vor längerer Arbeitslosigkeit zu bewahren. Unsere Wiedereinstellungsklage war erfolglos, da der Kollege H. nicht lange genug in dem Betriebe beschäftigt gewesen war, um eine Schadenersatzklage nach § 87 B.R.G. durchzuführen zu können. Der moralische Druck einer so schweren, im Betriebe erlittenen Gesundheitschädigung wurde vom Unternehmer nicht anerkannt, beziehungsweise durch Zahlung der 25 M. als abgeblieben angesehen. — Dieser Vorfall sollte unsern Kollegen zu denken geben. In den meisten Fällen kümmern sich die Unternehmer nach Unglücksfällen in ihren Betrieben nur darum, daß ihnen eine Haftung von den Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherung nicht auferlegt werden kann, während die Verletzten sich selbst überlassen bleiben. Dann sollte aber dafür Sorge getragen werden, daß bei vorkommenden Unfällen schnellstens ärztliche Hilfe beschafft wird. Nach den Vorschriften für erste Hilfe bei Augenverletzungen durch Kalk soll das betroffene Auge durch reichliche Wasseranwendung ausgespült oder ausgeschwemmt werden, wobei jede Reibung zu vermeiden ist, da der Kalk sonst in tieferliegende Teile des Auges hineingetrieben wird und seine ätzende Wirkung dort forsetzen kann. Jede weitere Handlung ist dem schnell herbeizuholenden Arzt zu überlassen.

Elberfeld. In der Jahrestelle K e m s c h e i d stürzte unser Kollege H a n s L a n g e von einer abrußenden Stehleiter und brach den Fuß. Wenn auch völlige Wiederherstellung in Aussicht gestellt ist, so wird die Heilung doch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Gewerkschaftliches

Angestellte und Arbeiter gehören in eine Front!
Die Arbeiterschaft hat den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses frühzeitig erkannt und erprobt. Dagegen fanden sich Handlungsgehilfen und Bureauangestellte, die sich zum freigewerkschaftlichen Zusammenschluß bekannten, zunächst nur in geringer Zahl. Wohl gab es große Ständesvereine der Handlungsgehilfen, die aber unter dem Schutz der Arbeitgeber standen. Damals fehlten sich die noch kleinen freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände mit größter Rührigkeit für die sozialpolitischen Forderungen der weiblichen und männlichen Angestellten ein. Sie führten den Kampf gegen Unternehmervillkür in engem Bündnis mit den Organisationen der Arbeiterschaft.

Nach dem Kriege erlebten die Gewerkschaften einen gewaltigen Aufstieg. Forderungen, wie Achtstundentag, Tarifvertragswesen, Betriebsratsgesetz usw. wurden vielfach erfüllt. Viele Aufgaben harrten jedoch noch ihrer Erfüllung. Die wichtigsten Forderungen der männlichen und weiblichen Handlungsgehilfen und Bureauangestellten sind heute dieselben, wie die Forderungen der organisierten Arbeiter. Sie stoßen aber auf die Gegnerschaft des fast restlos organisierten Unternehmertums. Es bedarf daher großer Anstrengungen, sie zu verwirklichen. Aus dem Millionenheer der Angestellten haben sich Hunderttausende von Handlungsgehilfen, Bureauangestellten und Lehrlingen inzwischen zu ihrer Interessvertretung, die freie Angestellten-Gewerkschaft, den Zentralverband der Angestellten, erkoren. Eine große Zahl der Berufsangehörigen ist aber noch unorganisiert oder gehört den bürgerlichen Angestelltenverbänden an. Diese Verbände bezeichnen sich erst seit November 1918 als Gewerkschaften, sie begnügen sich mit gelegentlichen Reformen und verzichten auf einen entschiedenen Kampf, der zu einer endgültigen Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft führt. In diesen Verbänden darf daher kein Kind eines Freigewerkschaftlers oder Lesers der Arbeiterpresse organisiert sein. Der kaufmännische Lehrling oder Jugendliche im Angestelltenberuf gehört in den Zentralverband der Angestellten. Im eigenen Interesse müssen die Eltern ihr Kind über die Bestrebungen der Organisation unterrichten. Aufklärungsmaterial ist von der Ortsgeschäftsstelle oder der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes, die sich in Berlin S.O. 36, Oranienstraße 40/41, befindet, anzufordern.

Sozialpolitisches

Stillstand in der Verjüngung der Erwerbstätigen.
Der Konjunkturrückgang in Verbindung mit den saisonwichtigen Einflüssen trifft den Deutschen Arbeitsmarkt deshalb besonders hart, weil die Zahl der Arbeitssuchenden von Jahr zu Jahr in starkem Steigen begriffen ist. Nach der Berufszählung von 1925 wurden in Deutschland 31,9 Millionen Erwerbstätige festgestellt. Dazu kamen 1926 rund 420 000, 1927 etwas über 400 000 und 1928 wieder rund 432 000, so daß der Zugang in den drei Jahren über 1,3 Millionen auf Broterwerb angewiesene Personen betrug. Für 1929 wird ein weiteres Anwachsen um 376 000 in Aussicht gestellt. In diesem Jahre überschreitet nun der erste vom Kriege betroffene Geburtenjahrgang das schulpflichtige Alter. Dadurch wird der Nachwuchs zum ersten Male geringer sein als der Bestand des nächstälteren Jahrganges; der Anfall an jugendlichen Erwerbstätigen wird etwa 12 % betragen. Ein Jahr später werden dann die 14- bis 16-jährigen nur noch zwei Drittel und im darauffolgenden

sogar nur noch wenig über die Hälfte des heuligen Bestandes an jugendlichen Arbeitskräften zählen. Von 1927 ab wird dann der jährliche Zugang um etwa 10 % hinter den heuligen Zahlen zurückbleiben. Der Gesamtbestand an männlichen Erwerbstätigen wird sich aber nicht wesentlich verändern, da in derselben Zeit die starken Vorkriegsjahrgänge in die Lücken eintreten, die der Krieg hinterlassen hat. Die Zunahme der Erwerbstätigen wird aber nur etwa den zehnten Teil dessen betragen, was in den letzten Jahren neu ins Erwerbsleben eingetreten ist.

Arbeiter und Angestellte in Mittel- und Großbetrieben.
Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den Großbetrieben (über 50 Arbeiter) wesentlich größer als die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den Mittelbetrieben (4 bis 50 Arbeiter). In Mittelbetrieben wurden an männlichen Arbeitern 1708 237 gezählt gegen 4488 281 in Großbetrieben, und das Verhältnis der weiblichen Arbeiter ist 493 089 und 1428 918. Bei den männlichen Angestellten sind die Zahlen 421 917 und 751 178 und bei den weiblichen Angestellten 292 488 und 309 328. Deutlich kommt in diesen Zahlen die Konzentrationsbewegung der Wirtschaft und des Kapitals zum Ausdruck. Anders ist das Verhältnis nur bei den Jugendlichen. Hier sind die Zahlen zum Teil sogar umgekehrt, indem die männlichen wie auch die weiblichen Angestellten in den Mittelbetrieben zahlreicher als in den Großbetrieben vorhanden sind. Bei männlichen jugendlichen Arbeitern sind die Zahlen ungefähr gleich. Bei weiblichen jugendlichen Arbeitern ist die Zahl in den Großbetrieben doppelt so hoch wie in den Mittelbetrieben.

Freiheit der Wirtschaft!

Durch den Hansa-Bund wird eine Broschüre verbreitet, die sich „Freiheit der Wirtschaft“ betitelt. In dieser Programmschrift wird neuen andern auf die Lohnpolitik eingegangen. In diesem Zusammenhang kommt der Hansa-Bund auch auf die Kapitalbildung zu sprechen. Bekanntlich wird von Unternehmern bei den Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen immer wieder darauf hingewiesen, daß der Kapitalmangel die Unternehmer verpflichte, zur eigenen Kapitalbildung überzugehen. Aus diesem Grunde könnten die Löhne unmöglich so hoch gesetzt werden, daß sie diese Eigenkapitalbildung verhindern. Ferner wird in der Unternehmerpresse immer wieder der Standpunkt vertreten, daß nur große Einkommen zur Kapitalbildung beitragen, während die kleinen Einkommen restlos verzehrt werden. Das letztere ist ganz zutrifft, beweist die Steigerung der Einlagen bei den Sparkassen. Die Sparkassenbestände betragen jetzt 6,5 Milliarden, monatlich ist ein Zuwachs von etwa 150 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit gegeben werden muß, neben der Befriedigung des täglichen Lebensbedarfs auch einen Restbetrag zurückzulegen. Der oben erwähnte Hansa-Bund entsuppt sich als Gegner der Spartätigkeit der breiten Volksmassen. In der betreffenden Denkschrift wird über diesen Gegenstand unter andern folgendes gesagt:

„Kapitalbeengung der Betriebe nach sich ziehende Sparkontenbildung der Arbeitnehmererschaft sind ein Umweg der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung, der gefahrvolle Konsequenzen völlig willkürlicher, unwirtschaftlicher Anlage der Kapitalneubildung nach sich ziehen kann. . . Es ist kein volkswirtschaftlich erfreulicher Tatbestand, daß den Betrieben durch eine übersteigerte Lohnpolitik die Möglichkeit eigener ausreichender Kapitalneubildung entzogen wird und sie sich nun die in den Sparkassen sich anammelnden Beiträge zu Zinsfäßen bis zu 11 % zur Erledigung notwendiger Betriebsausgaben borgen müssen.“

Einen solchen volkswirtschaftlichen Unfuss sollte man von einer führenden Wirtschaftsorganisation nicht für möglich halten. Ganz abgesehen davon, daß die Abschlässe zeigen, die Betriebe gar nicht durch die heutigen Löhne an einer eigenen Kapitalbildung gehindert werden, sollte man annehmen, daß die in den Sparkassen sich anammelnden Milliarden der Industrie nur wünschenswert sein können. Denn letzten Endes fließen die Sparkassengelder in die Wirtschaft, um diese zu befruchten. Das ganze ist aber ein Beweis, zu welchem Hirnverbrannten Unfuss man sich im Kampfe gegen die Arbeiterschaft verweigert.

Arbeiterversicherung

Versicherung gegen Berufskrankheiten. In Nr. 9 vom 2. März 1929 unseres „Maler“ brachten wir einen Artikel: „Die Versicherung gegen Berufskrankheiten.“ In dem Artikel war die Rede davon, daß der Entwurf einer neuen Verordnung über die Versicherung gegen Berufskrankheiten den gesetzgebenden Körperschaften zur Annahme vorliege. Wir können heute mitteilen, daß dieser Entwurf Gesetz geworden ist. Er ist unter dem Titel „Zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten“ im Reichsgesetzblatt Nr. 7, 1929, veröffentlicht. Die in unserm früheren Artikel besprochenen Neuerungen sind sämtlich angenommen worden.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Die 6. Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene wird in der Zeit vom 16. bis 18. September 1929 in Heidelberg abgehalten. Hauptverhandlungsthemen sind „Der Fabrikbau“ und „Die Fabrikspeisung“. Im Anschluß an diese Tagung findet die Herzliche Jahresstagnung der Gesellschaft mit dem Hauptverhandlungsthema „Die Behandlung der gewerblichen Berufskrankheiten“ statt. Die Jahreshauptversammlung ist mit der Veranstaltung eines gewerbehygienischen Vortragskurses,

in dem allgemeine Fragen des gesundheitslichen Arbeiterschutzes besprochen werden, verbunden.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt am Main, Platz der Republik 40.

Literarisches

1000 wertvolle Bücher umsonst! Preisausstellung am Tag des Buches! Am 22. März 1929, dem Tag des Buches, veranstaltet die Büchergilde Gutenberg, Berlin S.W. 61, Preisausstellung 6, ein Preisausstellen für Teilnehmer sie einhundert Exemplare des von der Kritik begünstigt anerkanntsten Romans „Zum Ende der Welt“, von Ernst Brecht, Format 16 x 26 cm, 216 Seiten, in Ganzleinen, Buchschmuck von Kurt Reibitz, ausloft. Verlangen Sie von der Geschäftsstelle und brüchigen Vertrauensleuten der Büchergilde Gutenberg oder von deren Zentralstelle in Berlin S.W. 61, Preisausstellung 6, unter dem Stichwort „Preisausstellung“ die kostenlose Zustellung des neuesten Prospektes dieser Buchgemeinschaft und lösen Sie an Hand dieses Prospektes folgende Preisgabe: Schreiben Sie untereinander die Namen 1. des Verfassers von „Oliver Twist“, 2. des größten bühnen Mächtigsten Erzählers, 3. des Verfassers von „Der Kraftbomber“, 4. des denendlichen Autors der Büchergilde, 5. des Verfassers von „Die ewige Gärten“, 6. den Titel eines ungarischen Liebesromans, 7. den Namen des Autors von „Welt werde froh“, 8. den Namen des Autors von „Sonnetage“, 9. den einzigen russischen Namen den der Prospekt enthält, 10. den Vornamen eines bekannten Meisterschiffbauers, 11. den Namen des Autors von „Der Erlös um den Wald“, 12. den Titel eines humorvollen Reisebuches, 13. den Namen der Verfasserin von „Liebe ohne Hoffnung“, 14. den Titel eines Buches von Collin Koch. — Die ersten Buch haben dieser Stellen ergeben, von oben nach unten gelesen, den Titel des meistbegehrtesten Buches von W. T. r a b e n. In fünf Minuten haben Sie diese Aufgabe gelöst, wenn Sie sich der Prospektes bedienen. Schreiben Sie die Lösungen von 1 bis 14 auf das Endegebnis unter dem Stichwort „Preisausstellung“ an die Büchergilde Gutenberg, Berlin S.W. 61, Preisausstellung 6, und zwar bis spätestens zum 31. März 1929. Die Auslosung der Bücher erfolgt am 5. April 1929, und anschließend werden die Bücher an die eintausend glücklichen Gewinner versandt. — Sie zu erwarten ist, daß eine rege Beteiligung eintritt, werden Sie gut tun, die Lösung der Preisgabe baldigst einzuschicken.

Der 2. Band des „Großen Brochhaus“, des größten und neuesten deutschen Nachschlagewerks der Gegenwart, wird Ende März herauskommen. Als das lange mit Spannung erwartete Werk Ende Oktober zu erscheinen begann, hat es durch Inhalt, Ausstattung und Preis Aufsehen erregt. Es ist nicht etwa ein „veränderte Auflage“, sondern ein von Grund auf neues Werk und hält, was der Name Brochhaus mit seiner hundertjährigen jährigen Tradition verspricht; es umfaßt das gesamte Wissen unserer Zeit und bringt es wissenschaftlich einwandfrei, aber in jedem verständlicher Sprache dem praktischen Menschen unter praktischen Gesichtspunkten nahe. Kein Lebensgebiet, das heute angeht, bleibt unbeachtet. Nur ein Beispiel für die Reichhaltigkeit: die Nachgruppe „Der gesunde und kranke Mensch“ enthält in 55 Unterguppen von 45 ärztlichen Mitarbeitern, meist hochschullehrern, bearbeitet, und zwar unter mehr als 17 000 Stichwörtern mit Hunderten von Abbildungen. Wollte man jeden Tag regelmäßig eine halbe Stunde im „Großen Brochhaus“ lesen würde man etwa 11 Jahre zum Studium aller 20 Bände brauchen. „Sozialistische Arbeiterjugend“, Ziele und Aufgaben, von E r i c h L i e n h a u e r, Arbeiterjugendverlag, Berlin S.W. 61, Seltene-Alliance-Platz 8, 1929, Kart. 40 S. Die vorliegende Broschüre wird in der Zeit bevorstehenden Herbstarbeit für die Sozialistische Arbeiterjugend unter den Spartenlisten der ausgezeichneten Dienste leisten. Der Vorlesende der Sozialistischen Arbeiterjugend behandelt in dieser Schrift in einfachen, verständlichen Ausführungen Ziele und Aufgaben der sozialistischen Jugendbewegung. Seine Darlegungen gewähren einen guten Einblick in das vielgestaltige Gemeinschaftsleben der sozialistischen Jugendgruppen, so daß sie jeden jugendlichen Leser anregen und an ihrem Leben selbst Anteil zu nehmen. Die reich illustrierte Broschüre wird daher nicht nur in den Organisationen der Arbeiterbewegung als gutes Werbemittel großen Anklang finden, sie ist auch empfehlenswert für alle Eltern und Freunde der Jugend, die den jetzt zur Entlassung kommenden Jungen und Mädchen für wenig Geld ein kleines gutes Lektüregeschenk machen wollen. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

„Die Gemeinwirtschaft“, Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft, ist für jeden an der gemeinwirtschaftlichen Bewegung Interessierten eine außerordentlich wertvolle Lektüre. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,40 M. Die Bestellung kann erfolgen bei jeder Volksbuchhandlung, jeder Post und direkt beim Verlag: Die Gemeinwirtschaft, Hermsdorf i. Thür., Probenummern umsonst vom Verlag.

„Der Wahre Jakob“, illustrierte Monatschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierteljährlich und kann durch die Post, alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag S. S. W. Die Nachfolger, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, bezogen werden. Preis der Nummer 50 S.

Vom 11. März bis 17. März ist die 11. Beitragswoche
Vom 18. März bis 24. März ist die 12. Beitragswoche

Sterbetafel.

Berlin. Am 22. Februar starb der Kollege Hugo Krause geboren am 27. August 1881 in Berlin. — Am 3. März starb der Kollege Heinrich Nicolowski, geboren am 5. September 1884 in Dömitz. — Am 7. März starb der Kollege Hermann Rose, geboren am 11. August 1869 in Berlin.

Düsseldorf. Am 22. Februar starb unser Kollege Karl Gastmeister im Alter von 60 Jahren an Grippe und Lungenentzündung. — Am 25. Februar starb unser Kollege Georg Bender im Alter von 62 Jahren an Lungenentzündung.

Elberfeld. (Jahrestelle Warmen.) Am 15. Februar starb unser Kollege Wilhelm Barch im Alter von 48 Jahren.

Halberstadt. Am 24. Februar starb nach längerem Leiden unser Jungkollege Gerhard Nadke im Alter von 17 Jahren an Lungentuberkulose.

Hannover. Am 22. Februar starb an Magenkrebs unser Kollege Konrad Luer, geboren am 27. Januar 1871 in Uffenbeck.

Magdeburg. Am 25. Februar starb plötzlich und unerwartet unser langjähriges Mitglied Alfred Faber im Alter von 44 Jahren.

Stralsund. Am 17. Februar starb unser treuer Kollege Martin Weber im Alter von 41 Jahren an Lungentuberkulose.

Chreihrem Andenken!

Wer kennt die **Hermann Hoppe**, geboren am 6. März 1908 in Halberstadt. Um Mitteilung bittet Filialmagister Halberstadt, Gustav Arthelm, Kassierer, Oneisenaustraße 61